



Grafiken Titelseite: Pixabay

Kabinettt und Fraktionen entscheiden – mehr nach Kassenlage, weniger nach Fachlichkeit!

Die getroffene Entscheidung der Landesregierung für ein Modell mit 13 Präsidien in der Fläche ist eine Entscheidung gegen die fachliche Wertung einer Expertenkommission. Auch die Ergebnisse der mit viel Trara ins Leben gerufenen, größten Mitarbeiterbefragung und -beteiligung des Landes, werden ignoriert. Über Jahrzehnte wurde politischer Raubbau an Personal und Ausstattung der Polizei betrieben. Sanierungsstau gibt es zuhauf. Obwohl seit mehreren Jahren nun gegenlenkt wird, summiert sich jetzt das Ganze. Die Kosten für eine optimale zukunftsfähige Organisation der Polizei sind zum Killerargument gegen fachliche Erfordernisse geworden. So wird die Chance vertan, dem Land und seinen Bürgern eine zukunftsfähige Sicherheitsarchitektur zu geben.

Die DPoIG-Landesleitung sowie das ID-Redaktionsteam wünschen an dieser Stelle allen Leserinnen und Lesern, sowie deren Familien, schöne und erholsame Urlaubstage. Tanken Sie Kraft, erleben Sie viel und kehren Sie froh und gesund nach Hause zurück. Wir melden uns nach den Schulsommerferien mit einer neuen Ausgabe ID zurück. □



Artikel in dieser Ausgabe

1. Entscheidung ist politisches Stückwerk
2. Unvorstellbarer Hass und Gewalt
3. Es waren bürgerkriegsähnliche Zustände
4. Früher gab es Hitzefrei!?
5. Erfahrungen und Forderungen nach G20
6. Landeshauptvorstand tagt in Heilbronn
7. Hilfreiche Tipps und Tricks
8. Auch Helfer brauchen Hilfe

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

Entscheidung ist politisches Stückwerk Landesregierung und Kabinett favorisieren nur 13 Präsidien

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, kommentiert die aktuelle Entscheidung der grün-schwarzen Landesregierung zur Evaluation der Polizeireform. Die getroffene Entscheidung für ein Modell mit 13 Präsidien in der Fläch ist eine Entscheidung gegen die fachliche Wertung einer Expertenkommission und einzig ein Versuch, die Regierungsfractionen zusammen zu halten.

Ralf Kusterer bedauert es, wie wenig Sachlichkeit und fachliche Notwendigkeit unsere Politik leiten, sagte er am Tag der Entscheidung gegenüber der Presse in Stuttgart.

„Die Entscheidung für ein 13er-Modell ist ein politisches Stückwerk. Es bleibt auch nach dieser kleinen Reform der Reform dabei, dass die 2014 vollzogene Polizeireform insgesamt viel zu groß dimensioniert war und dazu führte, dass die Sicherheit in Baden-Württemberg sich spürbar verschlechtert hat. Darunter leiden die Bürgerinnen und Bürger. Und ich sage voraus, dass wir nach dieser Reform der Reform in wenigen Jahren erneut Hand anlegen müssen. Die Sicherheitsarchitektur des Landes wurde mit dieser Reform schwer erschüttert.“

Deutsche Polizeigewerkschaft prognostiziert weiteren Handlungsbedarf.

Wenn der Ministerpräsident seinerseits einen Vorschlag für das 13er Modell unterbreitet hat, war es ein Versuch die politischen Gräben zu minimieren. Die Holzplanken, die Ministerpräsident Kretschmann über die Gräben gelegt hat, sind brüchig. So brüchig, dass Kusterer befürchtet, dass diese keinen kleinen Sturm aushalten und ständig mit kleineren Planken ausgebessert werden müssen. Wie wenig in den letzten Wochen die fachliche Bewertung einer Expertenkommission beachtet wurde und wie viel mehr Parteigeplänkel und Finanzgeschacher die politischen Akteure geleitet haben, ist für

ihn erschreckend. Dabei ist Kusterer gespannt, welche Kuh man für diesen Kompromiss geopfert hat.

Als völlig inakzeptabel bezeichnete der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, dass man mit einer Umsetzung ab 2020 plant. Gerade dort wo Dienststellen aufgelöst oder verlagert werden, müssen und wollen sich Kolleginnen und Kollegen neu orientieren. Sie werden dies aber nicht tun können, weil sie teilweise zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes dort dringend benötigt werden. Für die dort Bediensteten eine schier nicht zumutbare Situation.

Ralf Kusterer fordert, sehr schnell einen Projektleiter für ein Umsetzungsprojekt zu benennen und diesem maximalen Handlungsspielraum zu geben. Auch was die zeitliche Umsetzung betrifft.

11.281 Beschäftigte haben an der anonymen Befragung „Eva fragt“ teilgenommen.

Mit der Ignoranz der Fachlichkeit hat man auch die Befragungsergebnisse der größten Mitarbeiterbefragung des Öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg völlig ins Abseits gestellt. Dabei waren der Ansatz und die Durchführung einmalig in der Geschichte des Landes. Einzig am Willen zur Verwendung der Ergebnisse fehlt es, wie sich im Nachhinein zeigte. „Was ist das für eine Politik die mit enormen Aufwand die Beschäftigten befragt, ein Gefühl des Gehörtwerdens demonstriert, aber danach doch nach eigenen politischen Interessen handelt,“ so Kusterer.

Politische Einschätzung des Landesvorsitzenden.

Die Grünen waren und sind Teil der großen Polizeireform. Sie hätten nun die Möglichkeit gehabt, mit der CDU gemeinsam, einen weiteren Schritt nach vorne zu gehen. Sie haben sich verweigert und damit ihre große Chance verpasst. Für die CDU kann man die Entscheidung höchstens als



Enttäuscht, wie wenig die Fachlichkeit beachtet wurde: Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender

Gesichtswahrung bewerten. Ein kleiner Erfolg, weil die Grünen ursprünglich an einer 12er-Lösung festhalten wollten. Aber eben auch doch weit weg, um mit einem 15er-Modell wieder einen tatsächlich großen Schritt zu einer zukunftsfähigen Sicherheitsarchitektur zu gehen.

Kusterer hofft, dass die angekündigte Betrachtung des 14er-Modells zu einem späteren Zeitpunkt, nicht eine Beerdigung 2. Klasse wird. Kaum einer kann verstehen, dass man beim PP Karlsruhe die richtige Entscheidung trifft und mit dem Polizeipräsidium Pforzheim (Nordschwarzwald) vernünftige Raumschaften bildet, auf der anderen Seite aber in Reutlingen mit dem Zollernalbkreis einen gleich großen Bereich neu schafft. Das ist mehr ein Schildbürgerstreich als eine sachgerechte Entscheidung. Von der Kriminalpolizeidirektion in Esslingen bis nach Winterlingen im Zollernalbkreis fährt man bei günstigen Verkehrs- und Witterungsbedingungen 1:30 Stunden. Das sind mehr als 100 Kilometer Entfernung. Und das ohne Autobahnabschnitt.

Nach wie vor hält der nordbadische Teil der Deutschen Polizeigewerkschaft aus fachlichen Erwägungen die 14er-Lösung plus eine Trennung von Mannheim und Heidelberg für sinnvoll. □

Unvorstellbarer Hass und Gewalt

Ausmaß der Gewalt bei G20-Gipfel in Hamburg schockiert.

Wenn die Ergebnisse eines Treffens von Spitzenpolitikern wegen Gewaltexzessen und Ausschreitungen in den Hintergrund treten, dann stimmt etwas nicht: Die Bilder von den Krawallen und Ausschreitungen am Rande des G20-Gipfels waren erschreckend. Nicht nur tausende Pflastersteine und Flaschen hagelten beim G20 in Hamburg auf die Polizeieinsatzkräfte. Im Schanzenviertel warfen verummte Gewalttäter ganze Gehwegplatten von Hausdächern und schossen mit Präzisionswillen Metallkugeln auf die Beamten.

19.170 Polizeikräfte aller Bundesländer und der Bundespolizei begleiteten den G20-Gipfel. Rund 1.150 Einsatzkräfte aus Baden-Württemberg kamen bei Objektschutz- und Verkehrsmaßnahmen, wie auch als Eingreifkräfte zum Einsatz. Mit Prellungen, Schürf- und Schnittwunden sind 73 unserer Kolleginnen und Kollegen aus der Hansestadt nach Hause zurück gekehrt. Die meisten dieser Verletzungen haben sie sich bei Stürzen im Gerangel mit gewaltbereiten Demonstranten zugezogen. Einige Kollegen sind eine zeitlang dienstunfähig. Schwer verletzt wurde zum Glück niemand. Bei Vielen sitzen die eingefangenen unsichtbaren Narben und Wunden aber noch tiefer.



Völlig erschöpfte Kollegen, Bild: dpa

Einsatzkräfte berichteten von Attacken mit Holzlaten, Eisenstangen, Bewurf mit Pflastersteinen und Brandsätzen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen werden einige Zeit brauchen, um die

Hamburger Geschehnisse zu verarbeiten. Selten zuvor sind unsere Kollegen auf eine solche Aggression und ein solches Gewaltpotenzial gestoßen wie in Hamburg. Immer wieder gerieten die Polizeikräfte Hinterhalte und wurden von gewaltbereiten Anhängern des sogenannten „Schwarzen Blocks“ attackiert. Ganze Hundertschaften mussten sich abwechselnd zu Hilfe eilen. Stundenlang waren die Einsatzkräfte im Laufschrift unterwegs. Mit zusätzlich zwanzig Kilogramm am Körper. Denn so viel wiegt die Schutzausrüstung der Beamten der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten. Deren Einsatz wurde durch Sitzblockaden oder Barrikaden immer wieder behindert. Nicht selten wurden unsere Kräfte ausgebuht.

Solidarisierungseffekte haben Polizeiarbeit stark behindert.

Was bleibt denn anderes übrig, wenn mehrmalige Aufforderung an Demonstranten, ihre Vermummung abzulegen, nicht fruchten oder wenn Extreme, versteckt in einer friedlichen Menge, plötzlich Steine und Flaschen gegen Polizisten schleudern. Manche der zuvor friedlich demonstrierenden Menschen haben sich mit diesen gewaltbereiten Linksextremen aus dem „Schwarzen Block“ solidarisiert, als die Polizei einschritt, um den anderen friedlichen Bürgern weiter das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu ermöglichen.

„Viele Kolleginnen und Kollegen sind wie ich fassungslos über das Ausmaß an Hass und Gewalt, welches der Polizei entgegenschlug“, sagte der stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Jürgen Engel. Die Fälle von Gewalt gegen Polizeikräfte und andere Repräsentanten des Staates haben in jüngster Zeit spürbar zugenommen. Es muss im gesamtgesellschaftlichen Interesse sein, zu verhindern, dass rohe Gewalt, mit Inkaufnahmen von schwersten Verletzungen oder gar Tötungen, nicht zum legitimen Mittel für

freie Meinungsäußerung erwächst. Mit „Vorankündigung“ noch dazu, denn schließlich wurden schon Wochen zuvor, auf den Internetseiten linksextemer Bünde, zu diesen Gewaltexzessen aufgerufen.



Jürgen Engel, Stv. DPoIG-Landesvorsitzender

Auch Tage nach den Ereignissen sind die angerichteten Schäden noch nicht abzuschätzen. Die Angst und der Schrecken sitzen tief in der Hamburger Bevölkerung.

Der Mob wütete immer wieder. Plünderte und zerwüstete Läden und Geschäfte. Legte Brände.

Eines der größten Polizeiaufgebote in der Geschichte der Bundesrepublik musste den schwarzen Mob im Schanzenviertel zeitweise gewähren lassen. Auch hier rächt sich der jahrzehntelange politisch betriebene Raubbau bei den Polizeien von Bund und Länder. Über 100.000 Vollzugsstellen wurden bundesweit seit der Wende abgebaut.

Wieder einmal ist die Politik gefordert, dieser Entwicklung - und zwar geschlossen - entgegen zu wirken. Aber es ertönen aus (meist linken) Politikerkreisen leider immer wieder Stimmen, welche die Schuld allen anderen zuweisen und die Gewaltanwendung von Extremisten durch harmlosere Wortwahlen herabspielen wollen.

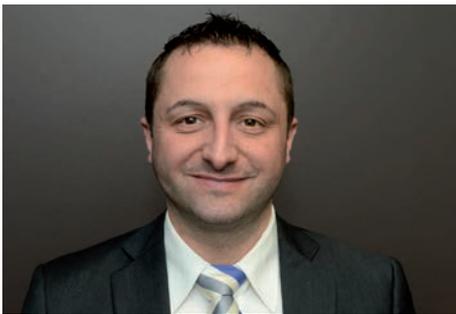
Wer Polizist werden möchte, der muss sich zu den Elementen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und danach leben... vielleicht liegt es daran, dass wir Polizisten diese Art Logik gar nicht verstehen können. □

Es waren bürgerkriegsähnliche Zustände

Daniel Jungwirth berichtet, wie er den Einsatz G20 erlebt hat.

„Unvorstellbarer Hass und Gewalt gegen die Polizei. Nichts anderes. Kein politisches Ziel. Es waren bürgerkriegsähnliche Zustände!“ So schildert der stellvertretende Landesvorsitzende Daniel Jungwirth die Eindrücke, die er in Hamburg aufgenommen hat. Zusammen mit weiteren Kolleginnen und Kollegen war er als ehrenamtlicher Helfer in seiner Freizeit zur Betreuung der Einsatzkräfte nach Hamburg gereist.

„Überall lauerten Gefahren für die Polizisten“, erzählt Jungwirth weiter. „Besorgniserregend war, dass die eingesetzten Verkehrskräfte quasi ungeschützt in Tagesdienstuniform und ohne Helm oder andere Schutz-ausstattung waren. Zudem stammten die zur Verkehrslenkung eingesetzten Kräfte überwiegend aus anderen Bundesländern und waren ortsunkundig. Sie waren für den Mob leichte Ziele und wurden deshalb auch vielfach angegriffen.“



Daniel Jungwirth
Stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender

In der ganzen Stadt waren Gewalttäter unterwegs. Immer wieder brennende Mülleimer und Autos entlang der Straßen. Auch die zur Betreuung der Einsatzkräfte eingesetzten freiwilligen Helfer der Jungen Polizei und der DPoIG wurden mehrfach beleidigt.

Am Samstagmorgen war das Team von Daniel Jungwirth im Schanzenviertel unterwegs. „Es sah aus, wie nach einem Bombeneinschlag. Nur vereinzelt waren noch andere



Kurze Verschnaufpausen bei Freunden: Einsatzkräfte an den Verpflegungsstationen der DPoIG



Menschen unterwegs. Die Fassungslosigkeit stand in deren Augen geschrieben“, so Jungwirth. Auf der Straße und den Gehwegen lagen Gehwegplatten, 25 x 25 x 12 cm groß, entsprechend schwer. Überall Pflastersteine und andere Wurfgeschosse. Unvorstellbar, dass so etwas in der Nacht aus den oberen Stockwerken auf unsere Kolleginnen und Kollegen geworfen wurde.

Der DPoIG-Betreuungseinsatz entwickelte sich zu weit mehr, als geplant. An den Versorgungsstationen war bei vielen Einsatzkräften das Entsetzen und die Überforderung heraus zu hören. Echte Ruhezeiten gab es für die meisten nicht mal im Ansatz. Neben Krätesammelstellen und Po-

lizeiwachen wurden auch die Hotels der ruhenden Einsatzkräfte angefahren. Viele haben sich dafür bedankt, dass die Teams der DPoIG für sie da waren und für jede und jeden ein offenes Ohr hatten. Immerhin konnten die Teams mit Getränken, Snacks und Give-aways die Stimmung ein wenig aufhellen. Auch bei der Polizeiführung kam der Betreuungseinsatz gut an.

Am Betreuungseinsatz beteiligten sich aus Baden-Württemberg Daniel Jungwirth, Landesjugendleiter Michael Haug, Mirjam Schmid, Markus Freist und Julian Scholz. Sie alle nahmen dafür Urlaub. Von Seiten des DPoIG-Landesverbandes ein herzliches Dankeschön für dieses selbstlose Engagement. □

Früher gab es Hitzefrei!?

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Hitze am Arbeitsplatz.

Der Sommer 2017 taktete Ende Juni mit rekordverdächtigen Temperaturen auf. Das nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Oliver Auras zum Anlass, sich mit dem Thema Hitze am Arbeitsplatz auseinanderzusetzen. In Erwartung einer hoffentlich zweiten Hitzewelle zur Hauptferienzeit wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern viel Spaß beim Lesen dieser Zeilen.

„36 Grad – und es wird noch heißer!“ Diese erste Zeile des Refrains aus dem Hit von 2Raumwohnung ging mir Ende Juni des Öfteren durch den Kopf. Die meisten Kolleginnen und Kollegen hatten Mitte Juni nicht nur mit ihren Vorgängen, Personalknappheit, Termindruck und Reformängsten zu kämpfen, sondern auch mit der anhaltenden Hitze, die zwar im Urlaub mehrfach gewünscht ist, während der Arbeitszeit aber eher als Nachteil empfunden wird.

Früher gab es Hitzefrei?!

Prompt und auch zurecht, kamen Anfragen aus der Kollegenschaft: „Früher konnte doch der Dienststellenleiter hitzefrei geben?“, „Ich fordere eine Klimaanlage!“, „Ich will eine Erschwerniszulage!“ so und so

ähnlich lauteten die Forderungen, mit der Bitte um Durchsetzung bei der Dienststellenleitung.

Tatsächlich geregelt sind derlei Dinge im Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), in der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) sowie in den Arbeitsstätten-Richtlinien (ASR) und dort besonders in der Arbeitsstättenregel ASR A3.5 Raumtemperatur. Dort ist unter anderem festgelegt, dass die maximale Lufttemperatur in Arbeits- und Sozialräumen von 26°C nicht überschritten werden soll. Ein Traum, wenn ich an mein Büro denke! Liegt mein Büro doch auf der Südseite unseres Dienststellengebäudes, wie viele andere Büros auch. Trotz Außenjalousien herrscht in meinem Büro, ab den frühen Nachmittagsstunden, regelmäßig eine Temperatur von über 30°C.

Fakt ist: Bei über 30°C **müssen** von der Dienststelle wirksame Maßnahmen ergriffen werden, bis 26°C **sollen** Maßnahmen ergriffen werden. Ab 35°C ist ein Raum ohne Maßnahmen (Hitzearbeit) zum Arbeiten ungeeignet!

Beispielhafte Maßnahmen nach der Tabelle 4 der ASR A3.5 sind:

- Effektive Steuerung des Sonnen-

schutzes (z.B. Jalousien auch nach der Arbeitszeit geschlossen halten)

- Effektive Steuerung der Lüftungseinrichtungen (z.B. Nachtauskühlung)
- Lüften in den frühen Morgenstunden
- Ausnutzen von Gleitzeitregelungen
- Lockerung der Bekleidungs Vorschriften
- Bereitstellung geeigneter Getränke (z.B. Trinkwasser, Fruchtschorle)
- Reduzierung der inneren thermischen Lasten (z.B. elektrische Geräte nur bei Bedarf betreiben)



Hat sich mit dem Thema Hitze am Arbeitsplatz beschäftigt: Oliver Auras, stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender

Hilfreich können auch (mobile) Ventilatoren und Klimaanlage sein, wobei ein Tischventilator zwar die Kühlung fördert, aber nicht jeder die dabei entstehende Zugluft verträgt. Klimageräte sind teuer, sowohl in der Anschaffung als auch im Betrieb. Die wahrscheinlich unproblematischste und für alle geeignete Lösung dürfte das Bereitstellen geeigneter Getränke sein.

Ausreichend Trinken ist wichtig.

Der Mensch sollte regelmäßig ausreichend trinken, und zwar schon, bevor das Durstgefühl einsetzt. Empfohlen werden 1,8-2,5 Liter, je nach eigener Körpermasse und individueller Schweißabgabe. Kommen körperliche Arbeit und Hitze hinzu, erhöht sich das dementsprechend. Besonders geeignet sind hierbei



Fortsetzung auf nächster Seite.

Fortsetzung von vorheriger Seite.

Trink- und Mineralwasser (wenig Kohlensäure), Fruchtt Tee und verdünnte Fruchtsäfte, die zudem beim Schwitzen verloren gegangene Elektrolyte gut ersetzen. Kaffee oder koffeinhaltige Getränke wirken entgegen einem alten Glauben nicht dehydrierend, wenn sie in den sonst üblichen Mengen zu sich genommen werden.

Apropos Thema Trinken: Üblicherweise achtet man gezielt bei Kleinkindern darauf, dass sie genügend trinken, und auch bei älteren Menschen wird regelmäßig danach geschaut. Bei den Menschen außerhalb dieser Personengruppe achtet man allerdings weniger darauf. Der allgemeine Trend geht allerdings dahin, dass viele Kolleginnen und Kollegen eine (mitgebrachte) Wasserflasche in Reichweite stehen haben.

Auch ein Polizist besteht nunmal zu 2/3 aus Wasser.

Tatsächlich ist es so, dass die Erwachsenen generell zu wenig trinken.

Der Mensch kann rund einen Monat auf Nahrung verzichten, aber nur fünf bis sieben Tage ohne Flüssigkeit auskommen. Der Mensch besteht bekanntlich zu zwei Dritteln aus Wasser. Wasser dient zum einen als Transportmittel für beispielsweise Blut, Harn, Schweiß, zum anderen als Lösungsmittel für fast alle Stoffe in der Zelle.

Wasser regelt außerdem die Körpertemperatur (Schwitzen). Das ausgeschiedene Wasser muss also immer wieder durch Zufuhr von neuer Flüssigkeit ersetzt werden! Da Wasser auch Hauptbestandteil des Blutes ist, kann dieses nicht mehr richtig fließen, wenn wir zu wenig trinken. Der gesamte Körper wird schlechter versorgt, die Gehirnleistung und Konzentrationsfähigkeit lassen nach, Krankheiten breiten sich aus!

Man sieht, Trinken ist enorm wichtig und das nicht nur an heißen Tagen, sondern das ganze Jahr über. Viele Betriebe haben dies bereits erkannt und versorgen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kostenlos mit Getränken, natürlich nicht ganz uneigennüt-

zig: Denn mit einem ausgetrockneten Kopf ist bekanntlich schlecht Denken und Arbeiten! Das Thema „ausreichend Trinken“ mit all seinen Wechselwirkungen ist in etlichen Unternehmen angekommen und hat vielerorts dazu geführt, dass die Führungsebene der Betriebe ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kostenlos Trink-/Mineralwasser zur Verfügung stellt und - wohlgemerkt - dies nicht nur an heißen Tagen, sondern das ganze Jahr über! Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden vor Ort versorgt und müssen sich nicht mit dem lästigen Tragen von Wasserflaschen (womöglich noch während der Arbeitszeit) belasten.

Gesunde Mitarbeiter sind wichtigstes Kapital.

Die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist mit das wichtigste Kapital eines Betriebs. Das Gleiche gilt für Polizeidienststellen!

Ich freue mich schon wieder auf mein heißes Büro und verbleibe mit sonnigen Grüßen.“ □

Erfahrungen und Forderungen nach G20

Der DPoIG-Bezirksverband Bereitschaftspolizei fordert ein.

Der DPoIG-Bezirksverband Bereitschaftspolizei äußerte sich jüngst gegenüber dem Landesverband mit ersten Erfahrungen und Forderungen nach dem Einsatz G20 in Hamburg.

Der DPoIG-Bezirksvorsitzende Bereitschaftspolizei, Ingo Tecquert, hat unmittelbar nach dem G20 Einsatz, bei welchem er für den Hauptpersonalrat der Polizei als Beobachter mit dabei war, mit vielen Kolleginnen und Kollegen gesprochen und diskutiert: Was war gut, was weniger, wo besteht aus Sicht der Einsatzkräfte dringender Handlungsbedarf? In den folgenden Wochen wird diese Diskussion ausgeweitet, um einen zentralen Forderungskatalog der DPoIG zu erstellen. Wir zeigen unseren Leserinnen und Lesern schon vorab einige erste Ergebnisse:

Mehr Rufgruppen im Digitalfunk
In Einsätzen wie beim G20 Gipfel kommt es immer wieder vor, dass mehreren Hundertschaften nur ein einziger Kanal/eine Rufgruppe zur Verfügung steht. Dies erfordert zum einen eine unglaubliche und meist nicht leistbare Funkdisziplin und führt zum anderen oft zu langen Wartezeiten und Verzögerungen in den Meldewegen. Das kann verheerende Folgen haben. Was wir brauchen sind deshalb mehr Kanäle/Rufgruppen. Die Rufgruppen der Bereitschaftspolizeien müssen bundesweit geschaltet werden. Ansonsten ist eine Kommunikation auf dem Marschweg unmöglich.

Optimierte Unterstützung und Planungssicherheit

Schnellere und quantitativ höhere Bedienung von Anforderungen aus

anderen Bundesländern führt zu Planungssicherheit bei den einsatzführenden Dienststellen und entzerrt die Dienstzeiten. Für viele Kolleginnen und Kollegen ist das Hickhack wie beim G20-Gipfel mit nachträglichen Entsendungen nicht nachvollziehbar.

Abteilungsführungen einsetzen

Bei der Entsendung von mehreren Hundertschaften in ein anderes Bundesland muss zwingend eine Abteilungsführung entsandt werden, um die Hundertschaften in organisatorischen Angelegenheiten und Koordination zu unterstützen.

Ausrichtung an der Kernkompetenz

Die Bereitschaftspolizei muss sich mehr auf ihre Kernkompetenz - den Einsatz geschlossener Einheiten -

Fortsetzung auf nächster Seite.

Fortsetzung von vorheriger Seite.

konzentrieren können. Nur dadurch kann sie die in solchen Einsätzen zwingend erforderliche Professionalität erlangen.

Profi sein heißt optimal vorbereitet sein

Insbesondere im Hundertschaftsrahmen und darüber hinaus müssen mehr Trainingsmöglichkeiten geschaffen werden. Darin unterscheiden sich Einsatzkräfte nicht von Spitzensportlern und anderen Profis.

Führungsstrukturen überdenken

Bei der Bereitschaftspolizei müssen die Führungsstrukturen überdacht werden. Feste Strukturen gewähren eingespielte Teams und Führungsgruppen im Einsatz. Das Denken in „Stiefelspitzen“ und Poollösungen muss aufhören!

Ausrüstung und Einsatzbekleidung

Ein Dauerthema ist und bleibt die Ausrüstung und Einsatzbekleidung. Für Entlastung könnte der Erwerb/die Bestellung von Sonderbekleidung über das individuelle Bekleidungs-

konto sorgen.

Dringender Handlungsbedarf besteht hinsichtlich einer Ausstattung mit einem dritten Einsatzanzug/Overall, stärker flammhemmender Unterwäsche, einer leichteren KSA und leichteren Einsatzstiefeln.

DPoIG-Forderung Distanzwaffen

Seit Jahren weist die DPoIG auf die Notwendigkeit von Distanzwaffen hin. Was im täglichen Einsatz die Elektro-Impulsdistanzwaffe (Taser) ist, das fordert die DPoIG nicht erst seit dem total misslungenen Kurden-Einsatz in Mannheim im Jahre 2012 mit 80 verletzten Polizeibeamten oder jetzt in Hamburg. Der Einsatz einer Mehrzweckpistole ist dabei wie in anderen Bundesländern unverzichtbar. Dabei muss auch ein Einsatz von Gummigeschossen oä. geprüft werden.

Verbesserter aktiver Gehörschutz

Die Beamten der Einsatzeinheiten dürfen nicht länger ohne aktiven Gehörschutz in die Einsätze geschickt werden. Böller bei Fußballspielen und demonstrativen Aktionen führen immer wieder zu Gehörverletzungen. Ein aktiver Gehörschutz kann den Spagat

zwischen guter Funkkommunikation und Schutz des Gehörs leisten.

Verpflegung

Die Verpflegung ist und bleibt im Focus. Nicht nur das, dass es neue Lebensmittelprodukte wie beispielsweise hochwertigen Energieriegeln gibt, über deren Verwendung im Verpflegungsportfolio man nachdenken muss. Es macht Sinn, für Einsätze in denen eine normale Regelversorgung nicht möglich ist, so wie dies bei Dauerbeanspruchung oft der Fall ist, besondere Verpflegungskonzepte vorzusehen.

Ruhemöglichkeiten

Bei vom Einsatzort weit entfernten Unterkünften und für Lagen, in denen Einheiten oft nur relativ kurze „Verschnaufpausen“ gegeben werden können, muss im Einsatzraum eine Räumlichkeit mit Feldbetten vorhanden sein, um kurzfristig auszuruhen, oder auch den Fahrern mal eine Pause zu verschaffen. Dies wollen Ingo Tecquert und die DPoIG aber keinesfalls als Ersatz für eine adäquate Unterkunft verstanden werden! Allenfalls als eine Ergänzung. □



War mit besonderen Oberarm-Patches im Einsatz G20: Der Vorsitzende des DPoIG-Bezirksverbands Bereitschaftspolizei Ingo Tecquert (links im Bild) schaute in Hamburg nach den Rahmenbedingungen für unsere baden-württembergischen Kolleginnen und Kollegen. Dabei traf er auch auf den DPoIG-Bundvorsitzenden Rainer Wendt (rechts im Bild).

Landeshauptvorstand tagt in Heilbronn Innenminister erkennt Forderungen der DPoIG an.

Mitte Juli tagte der Landeshauptvorstand der DPoIG Baden-Württemberg in der Heilbronner Philharmonie. Als Gastredner trat der Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, vor die mehr als 110 Delegierten.

In seiner Ansprache an die Delegierten des Landeshauptvorstandes erkannte der stellv. Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, zahlreiche Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft an und konnte berichten, dass man in vielen Fällen auf einem gleichen und guten Weg sei. In einer Klarheit, die an Deutlichkeit kaum zu überbieten ist, stellte er sich vor seine Polizei und brachte zum Ausdruck, dass er von der Leistungsbereitschaft und dem unglaublichen Engagement seiner Polizeibeschäftigten tief beeindruckt sei.

Er wisse um die hohen - „zu hohen Belastungen“ - und er sehe es als eine seiner zentralen Aufgaben an, diesen entgegen zu wirken. Das ginge nur mit mehr Personal. Offensichtlich liegen hier Minister und DPoIG auf gleicher Linie.

Die DPoIG hatte vor den Landtagswahlen 1500 Stellen und davon mind. 400 Tarifstellen gefordert. 900 Stellen im Polizeivollzugsdienst wurden davon bereits planerisch umgesetzt und dies entgegen den bisherigen Planungen nicht erst bis zum Ende der Legislaturperiode, sondern bereits im Haushalt 2018/2019. Von den 400 geforderten Tarifstellen wurden im Haushalt 2017 bereits 381 Stellen umgesetzt. Im Haushalt 2018/2019 sollen nun die restlichen Stellen etatisiert werden. Noch im März 2017 hatte die DPoIG weitere 2000 Stellen gefordert. Und auch diese zusätzlichen Stellen sind nun in greifbarer Nähe.

Zuvor hatte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer dem Innenmi-



Blick in die Runde: Die Delegierten des Landeshauptvorstandes in der Heilbronner Philharmonie



Die DPoIG-Landesleitung mit Minister (von links): Oliver Auras, Jürgen Engel, Minister Thomas Strobl, Ralf Kusterer, Daniel Jungwirth

nister bereits seine Unterstützung in allen Belangen der Polizei, hinsichtlich einer Verbesserung der Situation der Polizeibeschäftigten und im Hinblick auf ein Mehr an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger des Landes angeboten. Kusterer zeigte sich zuversichtlich, dass man gemeinsam mit dem Minister an diesen Ziel erfolgreich weiterarbeiten werde.

Dabei hat Kusterer zahlreiche „Big Points“ angesprochen, die aktuell die Polizei und die Beschäftigten umtreiben und in denen Kusterer gemeinsam mit dem Minister nach Lösungen suchen möchte. Dies umfasst u.a. die Bereiche: Vergütung der Zeiten von Einsatzkräften bei länderübergreifenden Einsätzen, Zulage für Angehörige

der operativen Einsatzeinheiten des PP Einsatz, Zulassungsverfahren für den gehobenen Polizeivollzugsdienst, Aufstiegsmöglichkeiten und Perspektiven für mehrere tausend Abiturienten in der Polizei, Übernahme von Tarifbeschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen, Verbesserungen für die Angehörigen des Schichtdienstes, Bildungsnotstand und Standards in der polizeilichen Aus- und Fortbildung, Umsetzungszeitpunkt der Reform der Polizeireform vor 2020 inkl. Möglichkeiten einer sozialverträglichen Umsetzung unter Berücksichtigung von persönlichen Veränderungswünschen, Belastungssituation der Beschäftigten. □

Hilfreiche Tipps und Tricks

So meistern Sie die kleinen Probleme des Alltags.

Oft sind es gerade die kleinen Dinge im Leben, die uns den Alltag erschweren. Ob im Haushalt, in der Wohnung, bei der Arbeit oder in der Freizeit – in allen Lebenslagen begegnen uns Hindernisse, die sich manchmal ganz einfach aus dem Weg räumen lassen. Gut wenn man weiß wie, und wenn man auf bewährte Hausmittel oder pfiffige Ideen zurückgreifen kann. Wir stellen Ihnen ein paar sinnvolle Tipps und Tricks vor, die nicht nur Zeit, Geld und Nerven sparen, sondern dazu clevere Lösungen für so manche Schwierigkeit liefern.

Trinkflaschen & Thermoskannen reinigen

Das Innere von Trinkflaschen und Thermoskannen lässt sich nicht so einfach säubern. Trotzdem wollen Sie dunkle Flecken und Keime beseitigen. Wir zeigen Ihnen wie es geht: 1 TL Backpulver oder ½ Tablette Gebissreiniger in die Flasche geben und mit heißem Wasser auffüllen. Einwirken lassen und danach gründlich ausspülen.

Keine Briefmarke zur Hand?

Sie wollen eine Karte oder einen Brief verschicken und haben keine Briefmarke parat? So können Sie sich den Weg zur Post sparen: Verschicken Sie eine SMS an die Deutsche Post eingerichtete Nummer 22122 und geben Sie entweder den Begriff „Karte“ oder „Brief“ ein. Als Antwort erhalten Sie einen 12-stelligen Zahlencode, den Sie rechts oben in das Briefmarkenfeld schreiben. Schon ist Ihre Sendung frankiert und kann ab in den nächsten Briefkasten. Die Bezahlung erfolgt automatisch über die Handyrechnung. (Preise: Standardbrief: 1,10 EUR, Postkarte: 0,85 EUR)

Banane macht die Schuhe blank

Schuhe putzen ist ein notwendiges Übel. Manchmal hinterlässt die dunk-



Bild: Pixabay

le Schuhfarbe auch noch unschöne Spuren auf Teppich oder Fußboden. Greifen Sie zu einem natürlichen und preiswerten Schuhputzmittel: Lederschuhe mit der Innenseite einer Bananenschale abreiben und kurz einwirken lassen. Danach mit einem weichen Tuch polieren. Die in der Banane enthaltenen Öle und das Kalzium verleihen Glattleder wieder einen tollen Glanz.

Muffelige Sportschuhe

Gerade im Sommer, wenn es besonders heiß hergeht, entsteht in Sportschuhe schnell ein unangenehmer Geruch. Dem kann man gleich auf zwei Arten zu Leibe rücken:

1. Teebeutel in die Schuhe stecken und nach einem Tag ist der Gestank verflogen. Danach duftet der Schuh nach Kamille, Pfefferminze oder sonstigen Geschmacksrichtungen.
2. Schuhe in einen Plastikbeutel packen, verschließen und über Nacht in das Gefrierfach legen.

Wie aus dem Ei gepellt

Hartgekochte Eier schälen kann ganz schön mühsam sein, besonders wenn sie vorher nicht ausreichend abgeschreckt wurden. Mit diesem Trick

geht es viel schneller: Beim Kochen 1TL Backpulver mit ins Wasser geben. Danach löst sich die Schale wie von selbst.

Winziges Ding verschwunden?

Sie haben einen kleinen Gegenstand wie z.B. den Verschluss eines Ohrsteckers verloren oder eine Nadel fallen lassen? Sie müssen nicht mühsam mit den Händen den kompletten Boden abtasten: Stülpen Sie einen Nylonstrumpf über das Rohr des Staubsaugers und saugen Sie den Bereich ab, wo Sie das Objekt vermuten. Staubpartikel gehen durch die feinen Maschen hindurch, der kleine Gegenstand dagegen bleibt außen hängen.

Loch im Gartenschlauch

Schon das kleinste Leck im Gartenschlauch versprüht eine feine Wasserfontäne. Klebeband wird mit der Zeit feucht und hält nicht lange. Doch man muss nicht gleich den kompletten Schlauch erneuern: Oft genügt ein kleiner Zahnstocher, den man in das Loch steckt und etwas verkürzt. Das Holz quillt durch die Feuchtigkeit auf und dichtet die Stelle ab. □

Auch Helfer brauchen Hilfe BBBank spendet 10.000 Euro an DPoIG-Stiftung.

Schlimme Erlebnisse im Berufs- und Privatleben verletzen Körper und Seele und beeinträchtigen nachhaltig die Einsatzmöglichkeit im Dienst für die Mitmenschen. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass Kollegen und Kolleginnen oft mit ihren Sorgen und Nöten in unserer Gesellschaft alleine gelassen werden. Genau hier setzt das Engagement der DPoIG-Stiftung an: Belasteten Kolleginnen und Kollegen helfen, durch Ruhe, Natur und Erholung, fern ab vom Alltag, zu neuen Kräften zu kommen und sie damit unterstützen, die „Schutzweste für die Seele“ wieder zu stärken.

„In guten wie in schlechten Tagen“ - mit diesen Worten die viele von einer Eheschließung kennen übergab Vorstandsmitglied Oliver Lüscher von

der BBBank an Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der DPoIG und Regionalbeauftragter Südwest der Stiftung der DPoIG, einen Scheck in Höhe von 10.000 Euro. Mit dem Betrag sollen insbesondere beim G20-Gipfel verletzte Kollegen/innen Hilfe in den DPoIG-Stiftungshäusern erhalten.

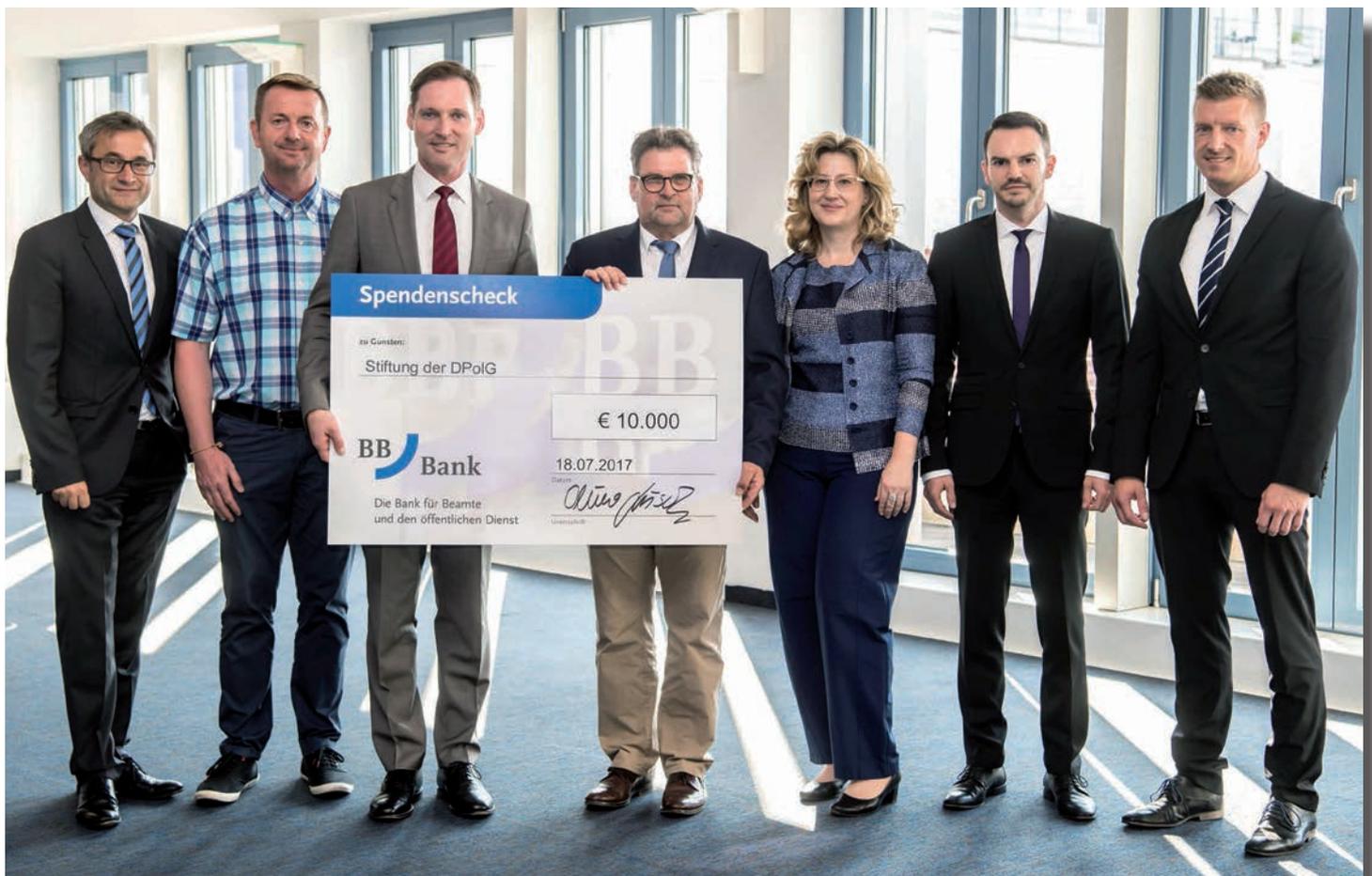
Damit erhöht die BBBank zugleich ihre regelmäßigen und jährlichen Zuwendungen an die DPoIG-Stiftung. Michael Lutz, Direktor für den Öffentlichen Dienst bei der BBBank, hat sich unmittelbar nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen an Ralf Kusterer gewandt und die Spende in die Wege geleitet. „Der BBBank ist es wichtig, nicht nur im normalen täglichen Dienst mit guten Leistungen als Finanzdienstleister mit den Polizeibeamten in geschäftlichen Beziehungen zu stehen, sondern auch dann, wenn

solche Geschehnisse wie in Hamburg vorkommen, sich für das Wohl der Polizeibeamten einzubringen,“ so Lutz.

Petra Hasebrink, zuständige Direktionsbevollmächtigte der BBBank für das Land Baden-Württemberg, hatte mit Schrecken zur Kenntnis genommen, dass über 70 Beamte aus Baden-Württemberg verletzt wurden. Dass es sich dabei um leichte Verletzungen handelte, ist wohl bei den Bildern die man gesehen hatte eher ein glücklicher Umstand.

Bei der Scheckübergabe waren Filialdirektor Ralf Wursthorn und Regionaldirektor Benjamin Burger, sowie Norbert Schwarzer vom DPoIG-Landesvorstand mit dabei □

<http://www.dpolg-stiftung.de/>



Ralf Kusterer (Mitte) und Norbert Schwarzer (2. von links) nehmen aus den Händen der BBBank-Vertreter den symbolischen Scheck entgegen.